

Medienmitteilung 9.2.2011

Initiative gegen Kohlekraftwerke lanciert

Der Widerstand gegen die umstrittenen Kohlekraftwerke der Repower hält weiter an. Unter Federführung des WWF Graubünden haben 14 Organisationen und Parteien heute eine kantonale Volksinitiative gegen Investitionen in Kohlekraftwerke lanciert. Kohlekraftwerke sind wirtschaftlich wie ökologisch so fragwürdig, dass die 4000 Unterschriften schnell zusammen kommen werden.

Mit der Initiative „JA zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ fordern die Initianten ein klares Bekenntnis des Kantons gegen Kohlekraftwerke. Die Regierung soll zudem dafür sorgen, dass Unternehmen mit Kantonsbeteiligung keine Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen. Die Initiative richtet sich insbesondere gegen die zwei geplanten Kohlekraftwerke der Repower in Brunsbüttel/D und Saline Joniche/I, aber auch gegen zukünftige Investitionen von Unternehmen mit Kantonsbeteiligung. Der Kanton Graubünden ist mit einer Beteiligung von 46 Prozent der grösste Aktionär der Repower AG, der aktivsten Promotorin von Kohlestrom in der Schweiz.

Katastrophal für das Klima

Die zwei von der Repower geplanten Kohlekraftwerke würden das 14-fache der gesamten jährlichen CO₂-Emissionen des Kantons Graubünden ausstossen. „Die kantonale Energie- und Klimapolitik wird so zur Makulatur und verliert jegliche Glaubwürdigkeit“, kritisiert *Anita Mazzetta*, Geschäftsleiterin des WWF Graubünden. Die Regierung tut bisher, als gingen sie die Aktivitäten der Repower nichts an. „Dabei stellt sie sechs von elf Verwaltungsräten und trägt damit eine grosse Verantwortung für die Strategie des Unternehmens“, sagt SP-Grossrat *Johannes Pfenniger*.

Hochrisiko-Investition auch für den Kanton

Beteiligungen an Kohlekraftwerken sind eine reine Finanzbeteiligung und dazu noch eine hochriskante, sagt der grünliberale Grossrat *Jürg Kappeler*. „Private können solche hohen Risiken eingehen, aber nicht der Kanton Graubünden. Zumal weder Repower noch der Kanton diese Risiken beeinflussen können.“ Mit der Versorgungssicherheit in der Schweiz haben die Kohlekraftwerke nichts zu tun. Graubünden produziert aus Wasserkraft fast vier Mal so viel Strom, wie der Kanton verbraucht. Trotzdem verkauft Repower den Bündner Stromkunden fast 99 Prozent Strommix aus Kernkraft, Kohle und anderen unüberprüfbaren Energien. „Der saubere Bündner Wasserstrom wird hingegen teuer im Ausland verkauft“, kritisiert *Tanya Schmid* vom Verein Zukunft statt Kohle.

Schädlich für Mensch und Umwelt

Kohlekraftwerke stossen tonnenweise Schadstoffe aus. Besonders der Feinstaub und die giftigen Metalle wie Blei sind gesundheitsschädlich. „Kohlekraftwerke, die derart viel giftigen Müll produzieren, sind menschenverachtend und dürfen nicht gebaut werden“, fordert *Hansjörg Bhend*, Präsident der Vereinigung Bündner Umweltorganisationen. Auch in den Abbaugebieten leiden Mensch und Umwelt unter dem Kohlestaub. „Bei den Kohlekraftprojekten geht es neben den Bedenken um den Umweltschutz auch um Menschenrechte“, mahnt *Angelo Andina* der Verda – Grünes Graubünden und erinnert an die Zwangsumsiedlungen, den Kulturlandverlust, den schlechten Arbeitsbedingungen und die Kinderarbeit in den Kohle-Abbaugebieten Kolumbiens.

Diese Parteien und Organisationen unterstützen die Initiative „JA zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“:



Weitere Informationen:

Anita Mazzetta, Geschäftsleiterin WWF Graubünden, 081 250 23 00, info@wwf-gr.ch

Johannes Pfenninger, SP-Grossrat 079 610 29 15, johannes@pfenninger.info

Jürg Kappeler, Parteipräsident und Grossrat GLP, 079 606 71 37,
jurg.kappeler@grunliberale.ch

Angelo Andina, Koordinator Verda - Grüne Graubünden, 081 866 36 76, aandina@spin.ch

Hansjörg Bhend, Präsident VBU, 081 284 86 41, h.bhend@albula.com

Tanya Schmid, Verein Zukunft statt Kohle, 081 328 26 23, info@salgina-akupunktur.ch

Kohlekraftwerke sind klimaschädlich, ineffizient und ohne Zukunft

von Anita Mazzetta, Geschäftsführerin WWF Graubünden

Graubünden muss sich dem Klimawandel stellen. Dieser Meinung ist auch die Bündner Regierung. Als Alpenkanton brauche Graubünden einen erhöhten Schutz vor Naturkatastrophen, schreibt sie in ihrem Regierungs- und Finanzierungsplan 2009-2012. Mit mehr Energieeffizienz und einer verstärkten Nutzung der Wasserkraft will die Regierung dem Klimawandel aktiv begegnen. Nur, wie will die Bündner Regierung diese Klimapolitik dem Bürger und der Bürgerin glaubhaft vermitteln, wenn die Repower andererseits mit Kantonsgeldern in zwei Kohlekraftwerke investiert, die auf einem Schlag 14 Mal soviel CO₂ ausstossen, wie der ganze Kanton Graubünden zusammen? Was wollen wir hier noch die letzten Gewässer verstromen und Passivhäuser bauen, wenn das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel und Saline Joniche auf einem Schlag 17.5 Mio. Tonnen klimaschädliches CO₂ in die Luft blasen und dabei mehr als die Hälfte dieser Kohleenergie noch in die Luft verpuffen lassen? Die kantonale Energie- und Klimapolitik wird so zur Makulatur und verliert jegliche Glaubwürdigkeit.

Nicht nur Graubünden, auch Deutschland und Italien müssen sich der Herausforderung des Klimawandels stellen. Deutschland setzt stark auf den Ausbau erneuerbarer Energien, wird aber noch einige Zeit die Kohlekraftwerke für die Stromversorgung brauchen. Deutschland steht damit vor der Aufgabe diese Klima-Hypothek abzutragen – darf diese aber sicher nicht vergrössern. Allein die geplanten und in Bau befindlichen Kohlekraftwerke würden im Jahr 2050 mehr Klimagas ausstoßen als Deutschland gemäss den international zugesicherten CO₂-Reduktionszielen ausstossen darf. Nicht anders sieht es in Italien aus. Mit den Investitionen in Kohlekraftwerke entfernt sich Italien immer mehr von ihrem Reduktionsziel. Wird dieser nicht eingehalten, drohen finanzielle Sanktionen, die aus der Staatskasse bezahlt werden.

Die Repower verspricht derweil, die Kraftwerke mit der CCS-Technologie nachzurüsten. Nur, die CO₂-Abscheidung und unterirdische Verpressung des CO₂ steckt heute in den Kinderschuhen. Das Kohlekraftprojekt in Saline Joniche rechtfertigt die italienische Repower-Tochtergesellschaft andererseits auch mit Aussagen zweier Klimaskeptiker, welche die IPCC-Klimaberichte anzweifeln. Die Gemeinden in Kalabrien werden mit Plakaten aufgeklärt, dass Kohlendioxid nicht giftig und für das Leben auf dem Planeten fundamental wichtig sei. Und, das Kohlekraftwerk Saline Joniche würde nur 0,0003% der Konzentration in der Atmosphäre ausstossen.

Wir haben genug von diesen Widersprüchen, genug von dieser krampfhaften Suche nach Argumenten für diese Steinzeitechnologie. Wir wollen mit Hilfe der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen ein klares Bekenntnis gegen Kohlekraftwerke in der Kantonsverfassung verankern. Wir wollen, dass die Regierung dafür sorgt, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen. Wir wollen, wie die Bürger und Bürgerinnen in Brunsbüttel und Saline Joniche, Investitionen in die intelligente Stromeffizienz und in einheimische erneuerbare Energien, die auch Arbeitsplätze schaffen.

Widersprüche in der kantonalen Energie- und Klima-politik korrigieren!

von Johannes Pfenninger, Grossrat

Die Politik des Kantons im Zusammenhang mit den geplanten Investitionen der RE-power in Kohlkraftwerke steht in krassem Widerspruch zu den Zielen der kantonalen Energie- und Klimapolitik. Der Kanton besitzt mit dem per 01. Januar in Kraft gesetzten neuen Energiegesetz tatsächlich ein gutes und modernes Instrument um die hohen Ziele zur CO2-Reduktion auch erreichen zu können. Demgegenüber steht die Kohlestrategie der RE-power, die alle diese Anstrengungen mit einem Strich zu Nichte machen würde.

Die Regierung des Kantons Graubünden weigert sich standhaft im Zusammenhang mit der 46 %-Beteiligung des Kantons an der RE-power, ihrer selbst formulierten Energie- und Klimapolitik Folge zu leisten. Dies hat sie in den Antworten auf verschiedene parlamentarische Vorstösse der letzten Jahre (seit 2007) immer wieder deutlich gemacht. Sie versteckt sich dabei hinter der Argumentation, sie wolle oder dürfe keinen Einfluss auf die Unternehmensstrategie nehmen, deren Festlegung alleine dem Verwaltungsrat der Unternehmung zustehe (Antwort vom 30. Nov. 2010 auf Anfrage Pfenninger betreffend neue Fragen zu Repower und Kohle-Kraftwerke). Dabei übersieht sie, dass der Kanton als Hauptaktionär in der Regel 6 der 11 Verwaltungsräte zur Wahl vorschlägt und diese dann jeweils auch gewählt werden. Es handelt sich also um eine reine Schutzbehauptung um sich bzgl. dem Handeln der Bündner Vertreter im VR nicht unangenehmen Fragen stellen zu müssen. Die Zusammensetzung der Bündner Vertretung im VR der RE-power muss zudem als höchst einseitig und problematisch angesehen werden. Zusätzlich sitzt die Regierung ja selber mit einem Vertreter im VR und kann somit sehr wohl Einfluss nehmen - so sie denn will. Kommt dazu, dass die Regierung selber im Bericht betreffend Umsetzung der Public Corporate Governance (Dezembersession 2010) festgelegt hat, dass die Regierung zur Regelung der Pflichten mit den Kantonsvertretungen Mandatsverträge abschliessen kann (Grundsatz 5). Auch hier also ein Widerspruch zur selber definierten Politik.

Die parlamentarischen Instrumente für eine Abkehr von der verfehlten Kohlepolitik sind ausgeschöpft. Es besteht keine Aussicht, dass sich der Grosse Rat oder die Regierung bewegen. Zeit also, dass das Bündner Volk dies korrigiert.

Kohlekraftwerke: Unwirtschaftlich und zu riskant

von Jürg Kappeler, Parteipräsident und Grossrat

Die Beteiligung des Kantons über Repower an Kohlekraftwerken im Ausland, wie beispielsweise in Brunsbüttel oder Saline Joniche, ist nicht etwa in Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit Graubündens zu sehen, sondern sie ist eine reine Finanzbeteiligung. Und dies bedeutet, dass nebst Kriterien der Nachhaltigkeit auch die finanziellen Kriterien entscheidend sind.

Unter der Annahme, dass der Kanton Graubünden seine Beteiligung an der Repower auch langfristig hält, hätte das Engagement in Kohlekraftwerke mit den entsprechend hohen Investitionskosten auch für den Kanton Graubünden langfristig Konsequenzen. Prognosen, und diese bilden letztlich die Basis für die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, sind für eine mittel- bis langfristige Nutzung der Infrastruktur mit grossen Unsicherheiten behaftet. So vervielfachen beispielsweise folgende Risiken die Unwägbarkeiten:

- der weltweite Energiemarkt dominiert die Preisbildung und führt für die einzelnen Energieträger zu einem volatilen Preisgefüge
- sinnvolle Energielenkungsmaßnahmen und Subventionsprogramme der Europäischen Union oder einzelner Mitgliedstaaten beeinflussen zusätzlich das Preisgefüge zu Ungunsten der nicht erneuerbaren Energien
- die grosse Nachfrage, v.a. durch Schwellenländer, nach den begrenzten Öl-, Gas- und Kohlevorräten, führt zu einer relativen Verteuerung dieser Energien gegenüber den erneuerbaren Energien
- im Gegensatz zu den erneuerbaren Energien sind die Kohlelagerstätten unendlich weit von den Energie-Produktionsstätten entfernt; die Zukunft dieser Produktionsstätten unterliegt einem nicht zu vernachlässigenden geopolitischem Risiko

Aus Risikoüberlegungen ist eine Diversifikation in verschiedene Energieträger sicherlich sinnvoll. Ein Engagement in Kohlekraftwerke stellt jedoch ein überhöhtes Risiko dar. **Solch hohe Risiken, welche weder von Repower noch vom Kanton Graubünden beeinflussbar sind, können von privaten Akteuren eingegangen werden, nicht jedoch vom Kanton Graubünden.** Das Attribut „unwirtschaftlich“ ist demzufolge als „zu riskant“ zu interpretieren. Deshalb:

„JA zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“.

WIR BÜNDNER SIND REPOWER! Kohle? Nein Danke.

von Tanya Schmid, Verein Zukunft statt Kohle

Unser Kanton ist berühmt für seine wunderschöne Natur. Unsere Väter und Grossväter haben weitblickend und vorausschauend unseren Wasser- und Gletscherreichtum zu nutzen gewusst, um Strom zu gewinnen. Die Technik hat sich weiterentwickelt und bietet heute neben Wasserkraft zahlreiche umweltfreundliche Möglichkeiten der Strom- und Wärmeherzeugung. Durch Effizienzsteigerung ist ein hoher Ausnutzungsgrad der Primärenergie möglich. Die Preise für die Technik erneuerbarer Energie haben sich in den letzten 15 Jahren halbiert.

Kohle-Verstromung dagegen ist ein Relikt des vergangenen Jahrhunderts. Es ist die klimaschädlichste und schmutzigste Form der Energieerzeugung. Kohlekraftwerke werden heute als Klimakiller Nummer eins bezeichnet. Stellen Sie sich vor, Repower wollte ein KKW in Küblis bauen. Der Bau von Kohlekraftwerken in Graubünden ist undenkbar. Wir wollen niemand anderem etwas zumuten, was wir bei uns nicht haben wollen.

Wir möchten dass Repower die Geschäftstätigkeit auf eine sichere, umweltschonende Versorgung auslegt. Sie sollte anstreben, den Absatz vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Sie sollte sich nicht an Grosskraftwerken, welche zur Energieerzeugung Kernkraft, Erdgas oder Kohle benötigen, beteiligen und sie sollte soweit möglich, den Einkauf von Elektrizität aus solchen Grosskraftwerken vermeiden. Wir wissen, dass dies möglich ist, weil IWB im Jahr 2009 den Anteil an nicht überprüfaren Energien auf nur 0.5% reduzieren konnten.

Die IWB kennen keinen „Ökostrom-Tarif“. Dies ist auch nicht nötig, da jeder Einwohner der Stadt Basel zu Energie aus erneuerbaren Quellen Zugang hat. In Graubünden, wo viel Wasserstrom produziert wird, müssen die Einwohner für Ökostrom extra bezahlen. Sonst erhalten sie den Strommix, der nicht überprüfbar ist. Sprich: Strommix aus Kernkraft, Kohle, etc.. Die Repower-Werbung spricht immer wieder von erneuerbaren Energien, aber der Anteil an nicht überprüfaren Energien liegt bei 98.5%. Diesen Strom bekommen wir Einheimische und der saubere Strom wird im Ausland teuer verkauft! Der Stromtarif für den Kleinkunden ist in Basel mit allen Fixkosten günstiger als in Graubünden.

Momentan hat die Bevölkerung keine Möglichkeit, ihren Stromanbieter zu wechseln und kann daher auch keinen Einfluss nehmen. Nur wer bereit ist mehr zu zahlen, kann Strom aus erneuerbaren Energiequellen beziehen. Doch wer will dies schon von einem Anbieter, der auch in Kohle investiert? Ausserdem sieht man am Beispiel Basel, dass es gar nicht nötig ist, für den ökologisch produzierten Strom mehr zu bezahlen. Die Bündner Bevölkerung möchte, dass Pure Power eine Geschäftsstrategie wird, und nicht bloss ein Werbeslogan bleibt.

WIR BÜNDNER SIND REPOWER! Wir wollen eine lebenswerte Zukunft. Wir wollen eine saubere und intelligente Energieerzeugung. **WIR WOLLEN KEINE KOHLE.**

Der giftige Müll von Kohlekraftwerken

von Hansjörg Bhend, Präsident VBU und Vorstandsmitglied AefU Graubünden

Kohlekraftwerke stossen nicht nur Unmengen von CO₂ aus, sie produzieren auch weitere Abfallstoffe. Einer der wichtigsten ist Feinstaub. Ähnlich wie beim Feinstaub, welcher durch Verbrennungsmotoren in Autos produziert wird, unterscheidet man auch hier verschiedene Partikelgrössen, jene um 10µm (PM10), die sehr kleinen um 1µm oder die noch kleineren um 50nm. Diese ultrakleinen Partikel können das Lungenfilter passieren und in die Blutbahn oder ins Gehirn gelangen. Sie fördern die Arteriosklerose und damit Herz- oder Hirninfarkt. Sie können auch krebserregend sein. Die grösseren Partikel sammeln sich in Lungenbläschen oder kleinen Bronchien, führen zu Reizungen der Schleimhäute und fördern Asthmaerkrankungen insbesondere bei Kindern und älteren Leuten. Feinstaub ist auch direkt klimawirksam, indem er Strahlung aufnehmen kann und damit zu einer lokalen Erwärmung führt.

Kohlekraftwerke produzieren aber auch andere Abfallstoffe insbesondere Metalle, welche für den Menschen giftig sein können. So gelangen etwa grosse Mengen Blei in die Erde der Umgebung. Bleivergiftungen erzeugen beim Menschen Bauchkoliken, Blutarmut oder neurogene Störungen. Bei Kleinkindern führen sie zu Wachstumsstörungen und zur Beeinträchtigung der Hirnentwicklung. Sowohl Feinstaub als auch andere Abfälle entstehen bei Kohlekraftwerken nicht nur durch die Verbrennungsprozesse, sondern auch beim Umlagern der Kohle vom Schiff zum Kraftwerk. Somit nützen auch Filter zur Reduzierung der giftigen Abgase nur teilweise. Sie sind zudem sehr teuer und werden aus ökonomischen Gründen wohl zuerst fallen gelassen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

In Brunsbüttel trifft es zudem eine schon jetzt stark belastete Region und auch in Kalabrien werden die Toleranzgrenzen, die eh schon zu hoch angesetzt sind, mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht eingehalten. Kraftwerke, welche derart viel giftigen Müll produzieren, dürfen deshalb erst gar nicht mehr neu erstellt werden, auch wenn technisch die Möglichkeit besteht, mit Filteranlagen den Schadstoffausstoss zu reduzieren.

Der Bau von neuen Kohlekraftwerken ist deshalb in der heutigen Zeit, in der Alternativen existieren, menschenverachtend. Bei uns in Graubünden würden wir ein Kohlekraftwerk auch nicht tolerieren; also müssen wir uns auch gegen einen Bau im Ausland wehren (sei es nun in Deutschland oder in Italien), erst recht, wenn Firmen involviert sind, deren Aktienkapital zu einem grossen Teil vom Kanton Graubünden stammt.

Die „Ethik“ hinter dem Kohle-Abbau und Transport

von Angelo Andina, Koordinator von VERDA – Grünes Graubünden

Was hat das Leben vom kleinen afrokolumbianischen José mit dem Kanton Graubünden zu tun? Die Familie von José wurde wegen neuen Kohleabbaugebieten umgesiedelt und die Armut der Familie zwingt José zur Kinderarbeit im Kohlebergwerk El Cerrejon in Nordkolumbien.

Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal. Die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte in den Kohlenminen werden häufig nicht eingehalten, z.T. sogar massiv verletzt. Glencore, eine Schweizer Firma mit Sitz im Kanton Zug beispielsweise zeichnete sich in Kolumbien durch eine extrem gewerkschaftsfeindliche Politik aus, in dem sie versucht, die Bildung von Gewerkschaften zu verhindern, sei dies durch Drohungen im Vorfeld, sei dies durch willkürliche Entlassungen nach der Gründung einer neuen Gewerkschaftssektion. Der Kohleabbau im Tagebau hat unweigerlich Umweltauswirkungen und beeinträchtigt andere wirtschaftliche Aktivitäten. Der Landverbrauch der Minen ist enorm, sowohl für die Kohlenförderung selbst als auch für die Abraumhalden und die Transportinfrastruktur. In gewissen Dörfern ist dadurch das Landwirtschaftsland knapp geworden, es gibt manchmal kaum mehr genügend Land, um Leute umzusiedeln. Die Unternehmen sind gehalten, die Minen nach dem Abbau zu renaturieren. Trotzdem stellt der Tagebergbau einen enormen Eingriff in die Landschaft dar.

Die Umweltbelastung und damit verbunden gesundheitliche Beeinträchtigungen der angrenzenden Bevölkerung sind ein weiteres grosses Problem der Kohleminen. Die Staubbelastung ist bei den Kohleminen eines der Hauptprobleme, verursacht sowohl durch den Abbau der Kohle als auch durch den Transport auf Schiene und Strasse. Die Umwelt wird durch den feinen Kohlenstaub, aber auch durch normalen Staub auf den ungeteerten Strassen belastet. Der Transport der Kohle von Kolumbien nach Deutschland erfolgt per Schiff und verursacht dadurch zusätzlich CO₂-Emissionen.

Die vorgesehene Beteiligung von Repower an Kohlekraftwerken im Ausland hat auch eine ethische Komponente. Es geht neben den Bedenken um den Umweltschutz unmittelbar auch um Menschenrechte. Die Regierung des Kantons Graubünden trägt also auch hier eine Verantwortung, wenn Sie als Vertreterin des Kantons als Aktionär diesbezüglich bei der Repower gegen diese höchstproblematischen Projekte nicht interveniert.

Jetzt liegt es also beim Bündner Volk, sowohl im Bereich des Umweltschutzes, der Ethik und des Verhältnisses zu José ein Zeichen zu setzen.
